

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2 M. — 4 vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 M. 80 Pf.



Insertionspreis
der 6-gespaltenen Beitzelle oder deren Raum für Geisenheim 10 Pf.;
auswärtiger Preis 15 Pf. — Reklamapreis 30 Pf.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 117

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Dienstag den 8. Oktober 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Der leitende Gedanke

In unserer Volksfamilie muß das Zusammengehörigkeitsbewußtsein bleiben. Wie hätte Kapitän Nerges mit seinem Schiff „Wolf“ 1 1/2 Jahre so hohe Aufgaben vollbracht ohne festes Zusammenhalten von Führer und Matrosen. Wie wir in einem Reich leben, so sollte unser Streben sein, wirklich ein Reich zu bilden, zum Beweise der Einigkeit in Tat und Gesinnung.



Deutscher Tagesbericht.

W.T.B. Großes Hauptquartier, 7. Okt. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
In Flandern und vor Cambrai ruhiger Tag.

Heeresgruppe Böhner.

Nördlich von St. Quentin dauern die schweren Kämpfe seit Mitte September ununterbrochen fort. Trotz wiederholten Einfalles frischer Verbände hat der Feind hier bisher keinen nennenswerten Erfolg erzielen können. Auch gestern fand keine Angriffe, die sich am Vormittag nördlich von Le-Chatelet und beiderseits vom Vesdins entwickelten und am Nachmittag auf breiterer Front nördlich von St. Quentin vorbrachen, gescheitert. Der Feind, der am Somme-Kanal zunächst auf Effigny-Le Petit Boden gewann, wurde durch erfolgreiche Gegenstöße und nächtliche Unternehmungen wieder bis auf Renaucourt zurückgedrängt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Der Feind folgte gegen unsere neuen Stellungen an der Aisne und Suippes zwischen Pontavert und Bazancourt scharf nach und stieß vielfach im Angriff gegen sie vor. Kämpfe entwickelten sich bei Pontavert, Berry-au-Bac beiderseits der Straße Reims-Neufchâtel und bei Bazancourt. Der Feind wurde überall abgewiesen. An einzelnen Stellen holten sich kleine Abteilungen auf dem nördlichen Suippes-Ufer. Mit starken Kräften griff der Gegner an der Aisne und westlich von St. Etienne an. Auch hier blieben seine Angriffe in unseren Gegenstößen ohne Erfolg.

An der Schlachtfeldfront in der Champagne trat gestern nach 10-tägigen erbitterten Kämpfen Geseftspause ein. Westlich von St. Etienne, bei Orfeuil und Autry wurden Teilangriffe, an vielen Stellen der übrigen Front starke Erkundungsvorstöße des Feindes abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwih.

Zwischen den Argonnen und der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Das Infanterie-Regiment Generalfeldmarschall von Hindenburg Nr. 147, das schon westlich der Maas in erfolgreicher Abwehr und im Angriff entscheidend dazu beitrug, den Durchbruch des Feindes zu verhindern, schlug auf den Höhen östlich der Aisne den Feind zurück. Gefreiter Kleinowski tat sich hierbei besonders hervor. Der Schwerpunkt der feindlichen Angriffe lag auch gestern zu beiden Seiten der von Charpentry auf Romagne führende Straße. Die dort seit Tagen im Kampfe stehenden elsass-lothringischen und westfälischen Regimenter brachten den mehrfachen Ansturm des Feindes völlig zum Scheitern. Der Amerikaner erlitt wiederum schwere Verluste.

Der Erste Genera-quartiermeister: Ludendorff.

Ein neues Friedensangebot.

Die neue Regierung im Reichstage.

— Berlin, 5. Oktober 1918.

Der neue Kanzler Prinz Max von Baden, in Begleitung einer langen Reihe von Parlamentariern zur Seite, leitete heute eine „neue Epoche in der Geschichte Deutschlands“ ein. Der Reichstag war fast besetzt, die Tribünen ausverkauft, viel Publikum harrend vor dem Hause.

Der Präsident Ehrenbach gedachte zunächst der Toten, besprach sodann die Lage, widmete darauf dem scheidenden Kanzler würdevolle Worte des Bedenkens und begrüßte dann die neue Regierung. Sodan folgte dann die für heute erwartete Rede des Kanzlers.

Reichskanzler Prinz Max von Baden: Gemäß dem Kaiserl. Erlass vom 30. September hat das Deutsche Reich eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung

erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland auf höchste verdienten Grafen v. Hertling bin ich an die Spitze der Regierung berufen worden, und ich will dem Reichstage ohne Verzug die Grundzüge darlegen, nach denen ich mein verantwortungsvolles Amt zu führen gedenke. Im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses soll es geschehen. Sie enthalten mithin nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das des weit überwiegenden Teiles der deutschen Volkvertretung, der deutschen Nation, die den Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsche zusammengelegt hat.

Nur die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und erlaßigen Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schuttern eines einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke im weitesten Umfange tätigen Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner freierwählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Hingabe übernehmen.

Der Entschluß, das zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterkassen zu den höchsten Ämtern im Reich gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen ist, ohne dessen Ueberzeugungstreue Gefährdung ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre. Was ich heute hier ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner amtlichen Mitarbeiter, sondern auch im Namen des deutschen Volkes.

Das Programm der Mehrheitsparteien, auf die ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschloßung des Reichstages vom 19. Juli desselben Jahres. Es bekennt ferner die Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und Schwachen, anzuschließen. Die Lösung der viel umstrittenen belgischen Frage steht in der völligen Wiederherstellung Belagens, insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll anstrebt werden.

Die bisher geschlossenen Friedensverträge

soll das Programm kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es strebt in besonderen an, daß sich in den baltischen Ländern, in Ostau und Polen alsbald auf breiter Grundlage Volkvertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln.

An der inneren Politik

habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden. Meine Herren, ich war der Ueberzeugung, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloß schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlichkeit der Gesinnung. Von diesem Gesichtspunkte bin ich ausgegangen, auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkt des Rechtsfriedens stehen, unabhängig von der Kriegslage, daß sie sich zu diesem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen.

Ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt, und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt. Der Krieg hat uns aber das alte, vielfach zerfallene Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen, entschlossenen, politischen Willen zur Durchführung zu bringen. Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und ein unbestreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum erstenmale große Parteien sich zu einem festen, einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mitzubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen. (Beifall links und im Zentrum.) Diese Entwicklung kann niemals rückgängig gemacht werden. (Erneuter Beifall links und im Zentrum.) Dabei vertraue ich, daß, so lange Deutschland Gefahr von Gefahren umrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskräfte und deren

Vertreter, die nicht der Reichsleitung anhängen, eines Trennenden zurückstellen und dem Vaterlande geben, was ihm heute gebührt.

Diese Entwicklung macht eine Forderung unserer Verfassungsgesetzlichen Vorschriften im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 30. September erforderlich, die es ermöglicht, daß diejenigen Mitglieder des Reichstages, die in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstag behalten. (Bravo! links und im Zentrum.) Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrat zugegangen und wird Ihrer Reichsversammlung unverzüglich unterbreitet werden. (Erneuter Beifall.)

bleiben mir eingebend der Worte, die der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen hat und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: „Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche. (Beifall.) Unter dem Zeichen dieses Kaiserwortes muß ich auch die politische Entwicklung in Preußen

vollziehen (Beif. links) und die Botschaften des Königs von Preußen, die das demokratische Wahlrecht versprechen, schnell und reiflos erfüllt werden. (Beif. Beifall links.) Die preussische Wahlrechtsfrage ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage (Beif. links u. l. Br.), und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die hin der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preussischen Beispiel entschlossen folgen werden. (Beif. links.) Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als eines Bundesstaates, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit betreiben, ein Recht, auf das auch Elsaß-Lothringen vollen Anspruch hat. (Beifall links u. l. Br.) Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hindurchgezogen über die Handhabung des Belagerungszustandes. Sie haben trennend und verbitternd geteilt. (Sehr richtig.) Was aus weiteres können die außerordentlichen Machtbefugnisse nicht entbehrt werden, die der Belagerungszustand

verleiht. Aber es muß ein enges Verhältnis zwischen dem Militär- und den Zivilbehörden hergestellt werden.

Das Friedensangebot.

Dank dem unergleichen Heldenmut unserer Armee ist die Front im Westen ungebogen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen. Gerade deshalb ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, ob das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinausgeführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und dazu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Botschaft vom 8. Januar und in späteren Rundgebungen, besonders auch in seiner Rede vom 27. September, ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für Verhandlungen annehmen können.

Ich wünsche einen ehrlichen, dauernden Frieden für die gesamte Menschheit. Und wie das Ergebnis dieses meines ersten Friedensschrittes auch ausfallen möge, ich weiß, daß Deutschland im Ablehnungsfalle fest entschlossen ist, zum Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wird. Kein Ragen befällt mich, denn ich weiß, daß die Kraft unserer Nation verdoppelt würde. (Lebhafte anhaltender Beifall. Zwischenrufe bei den Unabh. Soz.)

Das Haus vertagte sich dann abwartend auf einen unbestimmten Termin.

Wilson „nicht abgeneigt“.

Der Washingtoner Korrespondent der Londoner „Times“ schreibt, Wilson habe, so sei sein Eindruck, mit seiner kurzen Antwort auf die österreichische Friedensnote durchaus nicht die Absicht gehabt, jede weitere Erklärung über die Kriegsziele abzuschließen zu machen, ganz im Gegenteil, der Präsident habe in seiner Rede in der letzten Woche die Absicht verbunden, die Alliierten einzuladen, eine ausführliche Erklärung abzugeben.

Das „Nein“ der französischen Regierung.

W.T.B. Paris, 6. Okt. Gavaas bringt eine längere Ausführung in der es heißt: Das Anerbieten Deutschlands und seiner Verbündeten auf Herbeiführung eines Waffenstillstands und des sofortigen Eintritts in Friedensverhandlungen, das Wilson von Österreich-Ungarn als treuem

Vollziehungsbeamten gemacht worden ist, ist ein abgeklärtes Manöver und den Mittelmächten und ein Teil des ganzen vorgesehenen Planes der Friedensoffensive. Obgleich die französische Regierung amtlich noch nicht Stellung genommen hat, kann man unschwer voraussehen, welche Aufnahme sie sich vorbehält. Unter den gegenwärtigen Umständen kann die Antwort nur in einem „Nein“ bestehen. Die Meldung schließt: Um ihr Ziel zu erreichen, fürchten sich die Feinde nicht, sich unter die Führung des verehrungswürdigen Namens Wilson zu stellen, indem sie sich bereit erklären, eine Erörterung anzunehmen auf der Grundlage, die er in so beredten Worten niedergelegt hat. Aber Wilson hat selbst im voraus auf die heuchlerischen Bitten geantwortet, als er am 27. September 1918 im Einverständnis mit den Alliierten es aussprach, daß kein Frieden mit Handeln und Kompromissen erreicht werden kann, daß jeder Sieg der Alliierten über Deutschland die Völker dem Frieden näherbringe, allen Völkern die Sicherheit gebe und für immer die Wiederkehr eines so unversöhnlichen Ringens unmöglich machen werde, daß die Welt den Endzweck der Gerechtigkeit und der Aufrichtigkeit wolle. Die einzige Antwort, die das Friedensangebot der Mittelmächte verdient, ist die unserer Vorfahren im Konvent: Man verhandelt nicht mit dem Feinde auf dem Boden des besetzten Vaterlandes.

Die neue Regierung.

Die offizielle Liste.

Die amtliche Mitteilung über die Zusammenlegung der neuen Reichsregierung lautet: Berlin, 3. Okt. Prinz Max von Baden ist heute zum Reichskanzler und zum preussischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden. Er wird am Sonnabend, den 5. Oktober, in der für 1 Uhr nachmittags anberaumten Vollversammlung des Reichstages sein Regierungsprogramm entwickeln. Zu Staatssekretären ohne Portfeuille sind die Reichstagsabgeordneten Groeber und Scheidemann bestimmt.

Der Staatssekretär des Innern Waltraf hat seinen Abschied erbeten. Sein Nachfolger wird ein Zentrumsabgeordneter werden.

An die Spitze eines durch Abtrennung vom Reichswirtschaftsamt neu zu gründenden Reichs-Arbeitsamtes soll der zweite Vorsitzende der General-Kommission der Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Bauer, treten.

Die Frage, ob ein vom Auswärtigen Amt unabhängiges Reichspressamt unter einem weiteren Staatssekretär aus dem Parlament errichtet werden wird, ist noch in Behandlung.

Die Ernennung mehrerer Unterstaatssekretäre aus der Volksvertretung steht bevor. Ueber die Auswahl der Persönlichkeiten sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Das preussische Handelsministerium wird an Stelle des auscheidenden Staatsministers Sydow der Reichstagsabgeordnete Hirsch übernehmen.



Das Wehrheitsprogramm.

Die Grundlagen der künftigen Reichspolitik.

Das neue Wehrheitsprogramm, auf Grund dessen die neue Regierung eine neue Epoche der deutschen Politik, die demokratische, einleiten will, lautet:

1. Festhalten an der Antwort der Reichsregierung auf die Papstnote vom 1. August 1917 und uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschiedenheit des Reichstages vom 19. Juli 1917.

2. Erklärung der Bereitschaft, einem Völkerbund gemäß den folgenden Grundsätzen beizutreten zu wollen: Der Völkerbund umfaßt alle Staaten und beruht auf dem Gedanken der Gleichberechtigung aller Völker. Sein Zweck ist die Sicherung eines dauernden Friedens, eines unabhängigen Daseins und freier wirtschaftlicher Entfaltung der Völker.

Der Völkerbund schätzt mit seinen gesamten Mitteln die ihm beizutretenden Staaten unter Anerkennung ihres Völkertums in den ihnen vom Bunde gewährten Rechten und schließt alle seine Zwecke widerprechenden Sonderverträge aus.

Grundlagen des Völkerbundes sind: Umfassende Anerkennung des Völkertums; gegenseitige Verpflichtung der Staaten, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, friedlicher Verhandlung zu übergeben. Durchführung des Grundsatzes der Freiheit der Meere. Verständigung über allseitige und gleichzeitige Abstraffung von Lande und zu Wasser; Verkürzung der offenen Lücke für den wirtschaftlichen und privaten Völkerverkehr; internationaler Ausbau der Sozialgesetzgebung und des Arbeiterschutzes.

3. Einwandfreie Erklärung über Wiederherstellung Velates und Verständigung über Entschädigung.

zung.

4. Bisher geschlossene Friedensverträge werden kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden; in Baku, in Kairo und in Polen sind alsbald Volkvertretungen auf breiter Grundlage zu schaffen. Diese Staaten, in denen alsbald Volkvertretungen einzuführen sind, haben ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern zu regeln.

5. Schaffung eines selbständigen Bundesstaates Elsass-Lothringen unter Gewährleistung voller Autonomie entsprechend dem Verlangen der elsass-lothringischen Volkvertretung.

6. Unverzügliche Durchführung der Wahlrechtsreform in Preußen. Gleiches Bestreben solcher Reform in denjenigen Bundesstaaten, die sie noch entbehren.

7. Einheitlichkeit der Reichsleitung; Verlegung von Regierungsvorgängen aus dem Parlament zur Durchführung einer einheitlichen Reichspolitik; strenge Einhaltung aller verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten; Bekämpfung aller militärischen Eingriffe, die der politischen Beeinflussung dienen.

8. Zum Schutze der persönlichen Freiheit, des Versammlungsbereichs und der Pressefreiheit sofortige Abänderung der Bestimmungen über den Belagerungszustand. Beschränkung der Zensur auf Fragen der Beziehungen zu auswärtigen Regierungen, der Kriegsstrategie und -taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial. Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, welche auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden.

Deutschlands Schicksalsstunde.

Von Wirtl. Geh. Rat Dr. Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorf.

Wie richtig haben die gesehen, die bei Ausbruch des Krieges die Parallele mit dem siebenjährigen Kriege zogen. Wir täuschten uns nicht darüber, daß Deutschland in den Kampf um seine Existenz trat wie damals Preußen. Das schreckte uns nicht. Entschlossen, alle Opfer zu bringen, zwangten wir nicht an dem Ausgange. Wohl verführten uns die ersten glänzenden Erfolge zu der Hoffnung auf rascheren und leichteren Erfolg, aber die Zahl der Feinde wuchs, die Opfer und Entbehrungen wurden stärker und stärker, ganz wie zu Königs Friedlands Zeiten. Noch ist das Ende nicht abzusehen, das kein anderes sein darf, als es der große König erzwang. Indem er seine Weltstellung ungehämmt behauptete, war er von der Welt als Sieger anerkannt.

Die Zeit schreitet so rasch und bringt so Ungeheures, daß wir nur zu leicht dieses vergessen. Wie gerieten wir doch in den Krieg? Weil wir Österreich beizustehen verpflichtet waren, das Serbien für ein gemeinsames Verbrechen bestraften mußte. Das führte notwendig zu einem Waffenengange mit Rußland und Frankreich. Noch im Jahre 1887 hatte Bismarck den Krieg mit den zwei Fronten gescheut, den seine überlegene Staatskunst zu verhindern wußte. Der Dreißigjährige Krieg und dann eine Reihe von Jahren gegen jeden Angriff. Jetzt bestand er nur noch auf dem Papier, denn Italien verweigerte seine Verpflichtung und bereitete in Wahrheit den Treubruch vor. Rußland war mit französischem Gelde ganz anders gerüstet, plante den Angriff, aber die feindliche Diplomatie verstand es geschickt, die Sache so zu drehen, daß wir der Welt die Angreifer zu sein schienen. Trotzdem zeigte sich, daß wir in dem Kriege gegen die zwei Fronten des Sieges sicher waren. Nach Jahresfrist standen wir tief in Frankreich und Rußland. Der erste Gang war gewonnen.

Aber England war sofort zu unseren Feinden getreten, die es in Wahrheit immer geleitet hatte. Geschickt hatte es in unserem Durchmarsch durch Belgien einen Vorwand gefunden. Es lockte Italien zum Verrat, später Rumänien. Trotzdem gelang die Ueberwindung von Serbien und Montenegro, die Verbindung mit Bulgarien und der Türkei, die sich uns angeschlossen hatten. Wohl mußten unsere Kolonien erliegen, aber Englands Flotte wagte keinen Angriff auf unsere Küsten, versuchte dagegen ganz Deutschland wie eine Festung auszuhungern. Auch dieser Versuch ist mißlungen. Rußland ist kampfunfähig geworden, hat ebenso wie Rumänien Frieden schließen müssen. Dem englischen Heere sind wir mehr als gewachsen. Auch der zweite Gang ist gewonnen.

In dem dritten und schwersten Gang stehen wir. Amerika, das heimtückisch von Kriegsbeginn an hinter unseren Feinden stand, sendet seine neugebildeten Heere herüber und stellt alle seine materiellen Machtmittel in Dienst. Fast die ganze Erde hat sich den Feinden angeschlossen müssen. Und nun enthalten sie die Kriegsziele, die sie von vornherein im Auge hatten. Die Zerstörung Deutschlands, die Vernichtung unseres Handels und unserer Industrie, die Losreißung deutscher Lande streben sie offen an. Straßburg und Danzig sollen wir preisgeben.

Es ist gut, daß sie es offen bekennen. Nun muß jeder begreifen, daß Deutschland seine Schicksalsstunde erlebt, die über Sein oder Nichtsein entscheidet. Keiner soll in der Unversicht wandeln werden, daß der Sieg uns trotz allem bleibt. Denn daß sie unser Heer nicht überwinden können, daß Deutschland nicht zu bezwingen ist, das gesehen die Feinde durch ihre kampfhaften Versuche, unsere Einheit zu zerstören. Daher die blendenden schönen Phrasen, die sie wie Gasbomben herüberschießen, unser Urteil zu betäuben.

Thyranen, die ihr eigenes Volk mundtot und rechtlos machen, wollen uns einreden, wir sollten eine Freiheit suchen, wie sie sie haben. Die Henker Irlands und Griechenlands spielen sich als Befreier auf. Die Scheinheiligkeit orakelt von einem Völkerbunde und von ewigem Frieden. Das wäre ein schöner Friede und ein schöner Völkerbund, in dem die Ungelassenen die Führung hätten. An Portugal kann jeder den Segen dieser britischen Bevormundung sehen.

Dennoch liegt in diesen Reden die größte Gefahr. Die Phrasen tönen so süß, daß es verzeihlich ist, wenn die vielen, die von den Zuständen und der Geschichte der fremden Völker zu wenig wissen, sich berücken lassen. Die Macht des Mammon, der seine Ehre und sein Vaterland kennt, ist überall so gewaltig, daß es auch an solchen nicht fehlt, die durch die Not des eigenen Volkes zu gewinnen hoffen. Genau so war es in Napoleons Tagen, und damals war Deutschland nur ein geographischer Begriff, und Preußen war zu Boden geworfen. Und doch gelang die Befreiung.

Auswärts darum die Herzen!

Ausrecht steht unser Heer, unsere Flotte steht nicht in der Verteidigung, sondern im Angriff. Todesmutig streben unsere Jünglinge, unsere Knaben zu den Waffen. Willig bringt das Volk seine Ersparnisse dem Vaterlande. Immer besser lernen wir uns in die Einschränkungen des Lebens schiden. Auch in dem letzten Gange werden wir Sieger sein, wenn wir nur einig bleiben, den Mutigen folgen, und unsere Ehre sollen ein leichteres und reicheres Leben bereiten uns danken, wie wir den Mutigen danken, die in ungleich schwererer Stunde 1813 das Schicksal bezwungen haben, das dem mutig Ausdauernden hold ist.

T. P.

Rußland gegen die Mittelmächte

Die Sowjetregierung stellt die Erfüllung des Brest-Litowsker Friedens ein.

Die russische bolschewistische Regierung verlangt von Deutschland Aufhebung des Friedens von Brest-Litowsk in einer recht selbstamen, in der Weltgeschichte einzig dastehenden

„Note an Deutschland“.

Maß, der den unsere Außenpolitik leitenden Kreisen nahesteht, legt in seinen Aussagen die grundlegenden Anschauungen dieser Kreise nieder. Dieses besteht sich jedoch nicht auf die innere Politik; deshalb hatte sein Artikel über den „Noten-Terror“ seinerzeit keine politische Bedeutung, sondern war nur Ausdruck seiner Privatmeinung. Ganz anders verhält es sich mit seinen Aussagen über die Außenpolitik. In seinem am 1. Oktober in „Swestija“ veröffentlichten Artikel „Der Schatten Rußlands“ muß man folgende seiner Worte besonders unterstreichen:

„Schweigend zeigt Rußland dem deutschen Volke seine Wunden. Jetzt, wo das deutsche Volk schwere Prüfungen erlebt, gibt es auch im Herzen des russischen Volkes keine Freude. Das russische arbeitende Volk erkennt keinen Sieg der amerikanischen und Londoner Börse, es fühlt jetzt an seinem eigenen Leibe, was „die Befreiungsziele“ des anglo-französischen Imperialismus bedeuten. Das russische Volk hat mit dem deutschen Imperialismus seinen Verständigungsfrieden schließen können, dieser hat ihm vielmehr einen harten Machtfrieden aufgedrungen. Im Augenblick der schicksalsschweren Krise des deutschen Imperialismus sagen die russischen Volksmassen zu ihm nicht: „Gib wieder, was du genommen hast“; sie wissen, daß der deutsche Imperialismus ihnen schwerlich das freiwillig wiedergeben wird, was er ihnen in dieser Weise genommen hat. Die Politik des Wahnsinns, die alle imperialistischen Staaten kennzeichnet, wird kaum diesen vernünftigen Schritt zulassen, einen Schritt, der die Lage Rußlands erleichtern könnte, und es ihm ermöglicht, seine eigenen Interessen gegen die Verbündeten ohne ein Bündnis mit dem deutschen Imperialismus zu verteidigen und die Bestrebungen des anglo-amerikanischen Kapitals zur Wiederschaffung einer Front gegen Deutschland zu durchkreuzen.“

Dieses spiegelt im gegenwärtigen Moment buchstäblich unsere Empfindungen wider; wir zeigen schweigend unsere Wunden und nehmen an, daß der Schritt, der für Deutschland selbst vorteilhaft wäre, von ihm selbst auch unternommen werden wird.

Gewalt gegen die Türkei.

Während die Sowjetleute der Lenin und Trotski gegenüber dem doch immer mächtigen Deutschland sich einer sehr zahnlosen Tonart befleißigen, treten sie gegenüber der Türkei schroff-drohend auf. Sie erklären mit langer Einleitung kalten Blutes:

„Die ottomanische Regierung hat sechs Monate lang unangekündigt den Vertrag von Brest-Litowsk trotz aller Proteste der Sowjetregierung verstoßen. Und jetzt endlich hat sie ihre Fäden gedreht, indem sie eine der wichtigsten Städte der russischen Republik eingenommen und in eine schreckliche Ruine verwandelt hat. Dadurch hat die ottomanische Regierung gezeigt, daß der Vertrag von Brest-Litowsk, der zwischen der Türkei und Rußland geschlossen wurde, nicht mehr in Kraft ist.“

Die Regierung der russischen sozialistischen Föderativen Republik ist gezwungen, festzustellen, daß infolge der Handlungen der ottomanischen Regierung der Vertrag von Brest-Litowsk, der zwischen Rußland und der Türkei friedliche Beziehungen herstellen sollte, null und nichtig ist.“

Die Verurteilung auf die Störung von Baku am Kaspischen Meere (die bekannte Petroleum-Zentrale) liegt recht sehr daneben. Dort hatten sich die Engländer, wohl nicht ganz gegen den Willen der Moskauer Revolutionsregierung, von Berlin her niedergelassen, um von dort aus die „Wiedereroberung“ der russischen Dampfwalze zu betreiben. Darauf sind die Türken dort eingebrochen und haben das Engländernest ausgeräuchert. Daß es dabei nicht gerade sehr harmlos herging, scheint allerdings aus der Sowjet-Note hervorzugehen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 5. Oktober 1918.

Der Chef der Reichskasse, Unterstaatssekretär v. Radowicz, hat die Absicht, aus seinem Amte auszuschcheiden. Auf Wunsch des Reichskanzlers führt er indes seine Dienstgeschäfte weiter, bis sein Nachfolger bestimmt ist.

Der Reichstag wird nicht vor Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zusammenberufen werden. Eine Aussprache wird voraussichtlich nicht stattfinden.

Die Ernennung der neuen Staatssekretäre. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichstagsabgeordneten Groeber, Scheidemann und Erzberger sind zu Staatssekretären ohne Portfeuille ernannt worden. Auch die angekündigte Ernennung des Reichstagsabgeordneten Bauer zum Staatssekretär des neu zu errichtenden Reichs-Arbeitsamtes ist erfolgt.

Zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist der Staatssekretär des Reichs-Kolonialamtes Dr. Solz berufen worden. Er wird sich aber, wie wir hören, auch in dieser neuen Stellung während der Dauer des Krieges von seinem bisherigen Ressort nicht trennen, dessen Geschäfte von dem Unterstaatssekretär Dr. Glei in geführt werden sollen.

Als sicher betrachtet wird die Berufung Frimborns ins Reichsamt des Innern. Inzwischen ist noch die

Frage der Ernennung nationalliberaler Staatssekretäre. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ übernimmt die Mitteilung der „Nationalzeitung“, daß gelegentlich der Einigung irgendwelche personelle Forderungen seitens der nationalliberalen Partei nicht erhoben worden seien. Selbstverständlich werde gemäß einem Wunsche, der von allen Seiten ausgesprochen wurde, die nationalliberale Partei auch im engeren Kriegszustat vertreten sein müssen. Die Fraktion hat die Entsendung des Vizepräsidenten des preussischen Kabinetts Dr. Friedberg in Aussicht gestellt, so daß damit zu rechnen ist, daß Dr. Friedberg entweder seine Ernennung zum Staatssekretär erhält oder auf dem Wege besonderer Bestellung zum Mitglied des engeren Kriegsrates gemacht wird.

Das Reichsarbeitsamt. Folgender kaiserlicher Erlaß an den Reichskanzler wird veröffentlicht: Auf Ihren Vortrag bestimme ich, daß die sozialpolitischen Angelegenheiten des Reiches, die bisher zum Geschäftskreis des Reichswirtschaftsamtes gehört haben, fortan von einer besonderen, dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten Zentralbehörde unter dem Namen Reichsarbeitsamt bearbeitet werden.

Locales und Provinzielles.

KA Geisenheim, 8. Okt. Auf Anordnung des Preussischen Kommissars für Volksernährung soll den fleischverforgungsberechtigten für die fleischlosen Wochen ein Ersatz von Mähl zugeteilt werden. Für die 2. und 3. fleischlose Woche wird die Verteilung einer kleinen Menge Mehl oder Brot als Ersatz für Fleisch in den nächsten Tagen erfolgen.

Geisenheim, 8. Okt. Nach einer Bekanntmachung des Landeshauptmanns in Nassau im letzten Regierungs-Amtsblatt ist an Stelle des Landesbankgesetzes vom 16. 4. 1902 die vom Kommunallandtag in seiner Sitzung vom 8. h. d. J. beschlossen und durch Königl. Verordnung vom 5. 9. d. J. genehmigte Satzung der Nassauischen Landesbank und Sparkasse getreten. Da die bisherige Genehmigung der Verwaltung und des Geschäftskreises der beiden Anstalten auf einem preussischen Gesetz beruhte, so konnten Änderungen auch nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen. Die jetzige Regelung durch eine Satzung ermöglicht die schnellere Anpassung an veränderte Verhältnisse. Die neue Satzung bringt gegenüber dem bisherigen Zustande die Ausdehnung der Beleihungsgrenze für I. Hypotheken bis zu 60% des Wertes und die Ermächtigung zur Ausleihung II. Hypotheken bis zu 72% des Wertes gegen Bürgschaft einer öffentlichen Körperschaft. Hiermit ist den Wünschen der Haus- und Grundbesitzer des Regierungsbezirks nach einer Erweiterung der hypothekarischen Beleihungen Rechnung getragen.

Geisenheim, 8. Okt. Am 5. Oktober 1918 tritt eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme von Ferngläsern sowie von Objektiven für Photographie und Projektion Nr. Bst. 200/10. 18. R.M. in Kraft. Es werden Prismenfernrohre, Ziel- und terrestrische Ferngläser aller Art, galileische Gläser mit einer Vergrößerung von 4 mal und darüber sowie die optischen Teile aller vorgenannten Gläser, ferner anastigmatische Objektive für Photographie und Projektion, deren vordere Linsenöffnung 55 mm übersteigt, sofern ihre Lichtstärke gleich oder größer als 1:6,0 ist, beschlaggenommen. Die Gegenstände dürfen zu ihrem bisherigen Zweck weiterverwendet werden. Ihre Veräußerung und Vorförderung ist jedoch nur beschränkt zulässig. Die Veräußerungsgenehmigung wird soweit sie erforderlich ist, für anastigmatische Objektive für Photographie und Projektion durch die Inspektion des Lichtbildwesens, Berlin W 35, Genthiner Straße 34, im übrigen durch das Waffen- und Munitions-Verschaffungsamt, Berlin W 15, Kurfürstendamm 193/194, erteilt. Wer gewerbsmäßig derartige Gegenstände feil hält, hat ein Lagerbuch zu führen. Das von den Militärbehörden im Jahre 1916 erlassene Verbot des Verkaufs von Ferngläsern und Objektiven für Photographie und Projektion wird durch die neue Bekanntmachung aufgehoben.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Bürgermeistern einzusehen.

Ein Hansatag in Mainz. Die Notlage kaufmännischer und gewerblicher Betriebe in unserem Wirtschaftsbereich, welche durch eine Reihe einschneidender Kriegsmassnahmen hervorgerufen wurde, veranlaßt den Provinzialverband Hessen und Hessen-Nassau im Hansa-Bunde, eine gemeinsame Rundgebung auf einer Hansatagung in Mainz am 20. Oktober vormittag 11 Uhr im Kaisersaale zu veranstalten, bei welcher der Geschäftsleiter des Hansa-Bundes Berlin Dr. R. Köhler über die wichtige Tagesfrage „Für und wider die Kriegsgesellschaften“ referieren wird. Generalsekretär H. Baum Frankfurt wird die „Kalkulation des Kaufmanns“ nach den neuesten Kriegsgesetzen besprechen. Eine freie Aussprache schließt sich an beide Vorträge an. Zutritt zu der Veranstaltung haben alle Mitglieder des Hansa-Bundes, der in unserem Wirtschaftsbereich etwa 10000 Kaufleute, Gewerbetreibende und Angestellte umfaßt.

Vom Mittelrhein, 6. Okt. Wieder einmal hat die Stadt Niederlahnstein mit einem originellen Geldeckel die Sammler und sonstigen Neugierigen überrascht. Es handelt sich um einen recht ansehnlichen 25 Pfennig-Schein der auf der Vorderseite die Bilder eines Kriegers und eines Arbeiters, den letzteren im Schurzfell mit einem Hammer in der linken Faust aufweist. Im Hintergrund ragt eine industrielle Anlage mit gewaltigen Schloten. Auf der Rückseite befindet sich innerhalb einer Stacheldrahtumrahmung links ein Hüter des Gesetzes hoch zu Ross, der ein Gewehr in der Hand hat und achtgibt, daß nicht gehamstert wird. In ganz kleiner Schrift steht über seinem Kopfe „Nicht verteilen macht viel Sorge.“ Das Pferd schnüffelt in einem Tintensatz herum. Es sucht anscheinend den Stoff für neue Verordnungen Rechts in dem Felde auf der Rückseite ist ein wohlgenährter Hamster abgebildet der mit gefülltem Rucksack auf dem Rücken schwer und mühselig die Treppe hinauf leucht. Auch er trägt eine Inschrift über dem Kopfe: „Hätt ich nur erst meine Beute geborgen.“ Sehr wahrscheinlich schneidet die Stadt Niederlahnstein mit diesem Erzeugnis ebenso günstig ab wie mit den stark gesuchten 50 Pfennig-Scheinen mit Schinken und Stedrüben und der Inschrift „So leben wir usw.“

Neustadt, 5. Okt. Die auffallende Ruhe in Weisnostgeschäst hält unvermindert an. Im Laufe des gestrigen Tages ist ein förmlicher Preisssturz im gesamten pfälzischen Weinbaubereich eingetreten. Im Oberlaub wurden gestern 60—80 Ml. pro Vogel geboten, in der Mittelhaub 80—90 Ml. und im Gau 55—70 Ml. Der Handel ist außerordentlich zurückhaltend. Allgemein glaubt man daß für die 40 Liter rund 200 Ml. erlößt werden würden. Viele Weinhandlungen haben bereits schwere Verluste zu verzeichnen.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 7. Okt. Dertliche Kämpfe nördlich der Scarpe. Nördlich von St. Quentin und zwischen Argonnen und Maas haben sich in den Abendstunden feindliche Angriffe verwickelt. In der Champagne ruhiger Tag.

TU Berlin, 7. Okt. Deutsche und österreich-ungarische U-Boote vernichteten im Mittelmeer neuerdings 30 600 Bruttoregistranten Schiffraum. Die Dampfer wurden auf dem Wege von Gibraltar nach Südfrankreich und nach den östlichen Kriegsschauplätzen aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Des weiteren erzielte ein österreichisch-ungarisches U-Boot auf einem großen Transportdampfer in See, ein deutsches U-Boot auf einem im Hafen von Carloforte (Sardinien) liegenden Dampfer von etwa 6000 Bruttoregistranten Torpedotreffer. Das Sinken dieser beiden Schiffe konnte nicht mehr beobachtet werden. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

TU Berlin, 8. Okt. Eine Antwort von Wilson an die deutsche Regierung ist, wie der Lokalanzeiger hört, gestern bis zu später Stunde nicht eingegangen. Es ist technisch zwar möglich, daß die Antwort hier jede Stunde eintreffen kann, jedoch ist man an den hiesigen amtlichen Stelle völlig im Unklaren darüber, wenn sie aus dem Botschafterlager abgeht. Auch in der Presse des feindlichen Auslandes weiß man offenbar nicht, wie sich die Washingtoner leitenden Kreise zu der Note des Kanzlers stellen werden.

TU Wien, 8. Okt. Wie die Blätter melden, erwartet man in politischen Kreisen Wiens die Antwort Amerikas auf den neuen Schritt der Mittelmächte nicht vor Mitte der nächsten Woche.

TU Haag, 8. Okt. Ueber die Gründe für die plötzlich letzte Nacht erfolgte Berufung eines außerordentlichen Ministerates unter Vorsitz der Königin bestehen verschiedene Lesarten. Es wird nicht nur von der Vorbereitung eines formellen Angebotes, sondern auch von möglichen territorialen Verwicklungen, die Holland bei dem allgemeinen Friedensschluß drohen und von denen schon früher die Rede war, gesprochen. Die Kolonien kommen hierbei nicht in Frage.

TU Haag, 8. Okt. Die zuerst außerordentlich pessimistische Stimmung, die in hiesigen politischen Kreisen über das deutsche Friedensangebot herrschte, hat in der letzten Stunde auf Grund einer Anzahl von Tatsachen sich sehr gebessert. Diese Tatsachen entstammen Berichten aus den Entente-Ländern, die zu hoffnungsvollerer Auffassung Veranlassung geben.

TU Rotterdam, 8. Okt. Der Washingtoner Vertreter der Associated Press meldet, es sei wenig Aussicht vorhanden, daß die deutschen Vorschläge in ernster Erwägung gezogen würden, solange Deutschland noch Teile Frankreichs und Belgiens besetzt hält.

TU Haag, 8. Okt. Der Washingtoner Korrespondent der New York Times meldet in Washington herrscht keine ehrliche Begeisterung über die Form der neuen deutschen und österreichischen Note. Man sieht den Vorschlägen kühl gegenüber. Die amerikanische Regierung weiß genau, womit sie es in den deutschen Vorschlägen zu tun hat und daß die deutsche und die österreichische Regierung einen Punkt erreicht haben wo sie den Einbruch der Verbündeten in ihre eignen Länder fürchten.

TU Haag, 8. Okt. Reuter meldet aus London: In nichtamtlichen Kreisen in London ist man der Ansicht, daß die Vorschläge Deutschlands durchaus in gutem Glauben gemacht worden sind, daß sie aber nicht von Friedensliebe oder einer aufrichtigen Gesinnung eingegeben worden sind, sondern von der Notwendigkeit, einem vollständigen Zusammenbruch zuvorzukommen.

TU Rotterdam, 8. Okt. In Kreisen, die man gewöhnlich für gut informiert hält, ist man der Ansicht, daß Deutschland den Schritt in guter Richtung getan hat, dieser aber noch nicht weit genug geht.

TU Rotterdam, 8. Okt. Dem Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ wird von unterrichteter Seite erklärt, daß den deutschen Vorschlägen eine wesentliche Vorbedingung fehlt, nämlich die Bürgschaft, daß sie nicht sogleich eine Aenderung erfahren werden, wie damals in Brest-Litovsk nach der Annahme der russischen Formel. Weiter sei es keineswegs sicher, daß wenn Deutschland sich jetzt in das Unvermeidliche füge, es nicht sofort mit der Vorbereitung eines Revanchekrieges beginnen wird. Die einzige Bürgschaft dafür sei, daß eine Regierung errichtet wird, die dem Reichstag und nicht dem Kaiser verantwortlich ist.

TU Genf, 8. Okt. Auf die Presse der neutralen Staaten wirkte die leidenschaftliche Ablehnung der Pariser ministeriellen Organe keineswegs richtunggebend. Mehrfach wird hervorgehoben, daß mit oder ohne ausdrückliche Anforderung Wilsons die Mittelmächte einen diplomatischen Weg finden könnten, ihre Stellungnahme zu Wilsons Forderungen gena zu erläutern und damit die Grundlage erneuter Friedensanbahnungen zu schaffen, wie sie den französischen Sozialisten und einem großen Teile der englischen und italienischen sehr sehr erwünscht wären.

TU Genf, 8. Okt. Gochin erklärte auf dem französischen Sozialistenkongreß: Die Stunde ist gekommen, um zu der Friedensfrage Stellung zu nehmen. Der Kongreß ernannte einen Ausschuß, der hierüber Bericht erstatten soll.

TU Genf, 8. Okt. Die Zeitung „Feuille“ meldet: Politische Kreise betrachten die ablehnende Davasnote nicht als eine authentische Meinungsäußerung der französischen Regierung zu den Friedensvorschlägen der Mittelmächte. Die gleiche Ansicht herrscht in den Kreisen der Schweizer

Börsen vor, die mit stürmischer Haufe und Devisen das Friedensangebot befürwortete.

TU Lugano, 8. Okt. Die römischen Zeitungen durften erst gestern Abend das Friedensangebot der Mittelmächte veröffentlichen. Die amtliche Agenzia Italiana knüpft sofort eine von Sonnino beeinflusste Bemerkung an. Der erste Eindruck sei tiefstes Mißtrauen. Das Angebot sei insofern wertvoll, als der Feind eingestehen, besiegt zu sein. Jetzt müssen die Verbündeten Maßregeln ergreifen, um zu verhindern, daß sich die Zentralmächte den Folgen der Niederlage entziehen. Der Waffenstillstand müsse von unvermeidlichen militärischen Bürgschaften begleitet sein, wie das in Bulgarien geschehen sei. Die Rede des neuen Reichskanzlers bestätige die Zweifel an der Aufrichtigkeit des Friedensschrittes der Zentralmächte. Die Vorschläge des Kanzlers decken sich nicht mit den Forderungen Wilsons.

TU Haag, 8. Okt. Aus Liverpool wird gemeldet: „Barutu“ von der Elber Dampfer-Linie, 4000 Tonnen, der aus Westafrika mit vielen Passagieren und einer Ladung Balmöl ankam, sank vor dem Hafen infolge Zusammenstoßes mit einem ausfahrenden Dampfer in wenigen Minuten. 62 Menschen sind als überlebend gemeldet. Die Zahl der Umgekommenen beträgt weit über 200.

WTB Großes Hauptquartier, 8. Okt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, Nördlich der Scarpe griffen die Engländer nach heftigem Feuerkampfe beiderseits von Oppy an.

In Neuville saßten sie Fuß. Im übrigen brachten wir ihn in unserer Vorfeldstellung zum Stehen.

Heeresgruppe Böhn.

Nördlich von St. Quentin setzten die Engländer und Franzosen ihre starken Angriffe fort.

Nördlich von Malancourt schlugen hannöversische und braunschweigische Regimenter 5 malige Angriffe des Feindes ab. Weiter südlich brachen die Anstürme des Feindes in unserem Feuer zusammen.

Bei und südlich von Sequinhard haben posensche und heffische Regimenter nach harten Kämpfen ihre Stellungen behauptet.

Bei den Kämpfen um die Tillonhöhe brachten schlesische Bataillone und Pioniere im Nahkampf und durch Gegenstoß den feindlichen Ansturm zum Scheitern.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Vorfeldkämpfe an der Ailette und Aisne. Das nördliche Suippes-Ufer haben wir in örtlichen Kämpfen vom Feinde gesäubert. Am Nachmittag stieß der Gegner zwischen Bazancourt und Silles mit starken Kräften beiderseits von St. Clement an der Arnes vor.

Seine Angriffe scheiterten.

Dertliche Kämpfe bei St. Etienne, das von uns genommen wurde, im Gegenangriff an den Feind aber wieder verloren ging.

Im übrigen beschränkte sich die Tätigkeit des Feindes auf Vorfeldkämpfe und zeitweise auflebendes Artilleriefeuer.

Beiderseits der Aisne schlugen die in den letzten Kämpfen besonders bewährte preussische Landwehr und 76. Division heftige Angriffe ab.

Heeresgruppe v. Gallwitz.

Unter stärkster Feuerwirkung setzten die Amerikaner erneut zum Durchbruch beiderseits der Avre an.

Auf dem westlichen Ufer brachte württembergische Landwehr südlich von Chatel vorbrechende Angriffe zum Scheitern.

Von den Höhen nördlich von Chatel, auf denen er vorübergehend Fuß saßte wurde er im Gegenstoß wieder geworfen.

Ostlich der Aisne brachen die feindlichen Angriffe abends schon in unserem Artilleriefeuer zusammen.

Gegen Abend nahm der Feind beiderseits der Chartenbrin auf Romagne und der von Mantillons auf Cunel führenden Straßen sowie westlich der Maas seine Angriffe wieder auf. Nach harten Kämpfen schlugen wir ihn teilweise durch Gegenstoß zurück.

Der 1. Generalquartiermeister Lubendorff.



Die Zukunft des Landes ist Deine Zukunft. Geht das Land in Trümmer, reißt es Dich mit. Zeichne Kriegsanleihe — Du lachst es für Dich.

Von Nah und Fern.

**Von ihrem Ehegatten erschossen wurde die erp-
fess Wochen verheiratete Ehefrau eines Schornstein-
fegermeisters in Schult, deren Mann in Bromberg im
Hilfsdienst stand. Zwischen den Eheleuten entstand
ein Streit, in dessen Verlauf der Mann einen Dolch
zog und der Frau mit einem Stich die Lunge durch-
bohrte. An dem Aufkommen der Frau wird gezwe-
felt. Der Ehemann entfloß, erkundigte sich jedoch am
nächsten Tage telefonisch nach dem Befinden seiner
Frau und konnte alsdann verhaftet werden.**

**Kampf mit einem Banditen. In der Gegend von
Michailowik wurde der fahnenflüchtige Soldat Zellen
aus Koffberg, ein gefährlicher Bandit, von einem
Wachtmeister erschossen. Der Bandit hatte zuvor auf
den Beamten Revolvergeschosse abgegeben.**

**Betrügereien eines Landratsamts-Angestellten.
Ein raffiniertes Schwindelmander wurde durch die
Schweidnitzer Kriminalpolizei aufgedeckt. In den letz-
ten Tagen erhielten mehrere Großmühlen und land-
wirtschaftlichen Betriebe ein dringendes Anfordern des
Schweidnitzer Landratsamts zur Bereitstellung großer
Mengen Getreidemehl, die sofort für die Bevölke-
rung benötigt werden. Die behördlichen Schreiben wa-
ren auf Vordrucke des Landratsamts mit Amtsstem-
pel und dem Unterschriftsfaksimile des Landrats an-
gefertigt. Die angeforderten Getreidemengen sollten von
einem Beauftragten der Behörde persönlich abgeholt
werden. Eine Dampfmaschine in Gräblich, die auch
eine auffällig große Bestellung erhalten hatte, fragte
noch einmal beim Landratsamt an. So entdeckte man,
daß es sich um einen großangelegten Betrug handelte.
Sofort wurden Kriminalbeamte in die Mühle ge-
sandt, die den bald darauf erscheinenden „Beam-
ten“ verhafteten und ihn in seinem gemieteten Trans-
portautomobil fortzuschaffen. Er wurde als der Be-
auftragte des Landratsamts festgestellt. Die Verwer-
tung der erscheinenden Getreidemengen hatte er schon
alle Vorbereitungen getroffen. Die Untersuchung gegen
eine Anzahl Mitbeteiligter ist im Gange.**

**Ein schwerer Unglücksfall trug sich in Landberg
a. B. zu. Als der Chauffeur Wolff mit seinem Last-
auto mit Anhängerwagen die Bühnenstraße nach dem
Ball durchfuhr, kletterte heimlich, ohne daß dies der
Autoführer bemerkte, der 14jährige Schüler Kurt Dreus
zwischen Auto und Anhängerwagen und fuhr mit. Nach
einer Weile stürzte der Knabe ab, wurde überfahren
und derart erheblich verletzt, daß er sofort in das
Krankenhaus eingeliefert werden mußte.**

**Man heraus, daß beide Arme gebrochen, sowie ein
Bein aufgerissen war, auch hatte der Knabe am Kopf
schwere Verletzungen davongetragen. Den Autofüh-
rer trifft keine Schuld. Noch in der Nacht ist der
Knabe seinen schweren Verletzungen erlegen.**

**Studierende aus der Ukraine. Aus der Ukraine
sind in Tübingen zwanzig junge Leute eingetroffen,
die sich an der württembergischen Landesuniversität
dem Studium der Medizin und der evangelischen
Theologie widmen wollen. Weitere 25 Ukrainer, Söhne
deutscher Kolonisten, sind zum Besuche der Hochschule
noch angemeldet. Universität und Stadtverwaltung
haben für befriedigende Unterkunft Vorkehrungen getroffen.**

**Um ihr Spargeld gekommen ist in Döbel
in Anhalt eine Arbeiterfrau dadurch, daß in ihrer
Abwesenheit die erwachsene Tochter dieses Geld (mehrere
Hundertmarktscheine) aus Versen zusammen mit
altem Zeitungspapier in den Küchenherd steckte und
verbrannte. — Wieviel besser wäre es gewesen, hätte
die Frau für ihr Geld Kriegsanleihe gezeichnet, dann
wäre sie nicht auf so törichte Weise um ihr Geld ge-
kommen.**

**Eine drollige Diebesgeschichte berichtet der
„Mfz-Zeitung“ ein Leser. Das Schicksal des Ein-
fenders hat vor längerer Zeit ein Kaninchen geschenkt
erhalten, das seither dessen Stolz und Freude bil-
dete und sich natürlich der aufmerksamen Pflege des
Jungen erfreuen durfte. Die natürlichen Folgen blie-
ben nicht aus: das Tier wurde rund und fett und
war höchst zutraulich gegen seinen Pfleger, dem
es aus der Hand fraß. Eines Abends schlief es mit
einem Male zur Überraschung seines Besitzers höchst
schlaff oder mißtraulich geworden. Da ob zunächst
allgemeines Staunen, bis sich bei näherer Untersuchung
herausstellte, daß ein räudiger Spitzhunde das
fette Tier seinem rechtmäßigen „Besitzer“ ausgespannt
und dafür ein mageres und kleines Kaninchen von
genau der gleichen Farbe hinterlassen hatte. Es gibt
noch Gemütsmenschen!**

**Schwer bestraft Kohlenklieb. Die beiden Kna-
ben Albert Kaplan und Rinda stiegen auf einen von
Smichow nach Prag fahrenden Postzug und warfen von
einem Kohlenwagen Kohlen herab. Als ein Eisenbahn-
bediensteter dies merkte, verfolgte er die Knaben.
Diese sprangen ab und gerieten unter die Wagen.
Kaplan wurden beide Räder unter dem Arme, Rinda
der linke Arm abgefahren.**

**Seiner Kameraden ermordet. Ermordet wurde
auf dem Rittergute Großehrenberg (Ostpreußen) ein
russischer Kriegsgefangener von einem Mitgefangenen.
Die Leiche wurde nach vollbrachter Tat von dem
Mörder verscharrt. Es handelt sich um einen Raub-
mord. Der Erschlagene besitzt in Rußland eine gute**

**Wirtin und erhielt hier größere Bezeichnungen.
Sein bester Freund hat die Tat ausgeführt und dann
das Geld geraubt. Der Mörder ist verhaftet,
er hat die Tat eingestanden.**

**Am Tode verurteilte das außerordentliche
Kriegsgericht in Posen die Frau Sinichowicz, die
die 52jährige Hausgenossin Frau Kucik ermordet und
betrachtete hatte.**

**Ein Großfeuer vernichtete den siebenstöckigen
Möbelfabrikanten der Firma Boleslaw Kochanowicz in
Warschau. Der Schaden beträgt mehrere Millionen
Mark. Es Brandstiftung vermutet wird, ist der In-
haber der Firma verhaftet worden. Sein Sohn ist
flüchtig.**

**Jude in der „Goldgrube“. In Herbingen
wurden aus einem verschlossenen Eisenbahnwagen des
Nachts 20 Berliner Juden gestohlen. Es gelang, die
Diebe auffindig zu machen. Bei einer Hausdurchsuchung
wurde ein Teil des Jüders unter den Kartoffeln
versteckt vorgefunden. Da der Rest von über 10 Jen-
nern nicht zu finden war, wurde die Abordgrube
untersucht, und siehe da, die „Goldgrube“ war drei-
viertel mit Jüden und der übrige Teil mit Zucker
angefüllt. Die Diebe hatten in der Eile keinen an-
deren Ausweg gewußt, die Ware verschwinden zu
lassen.**

**Außerablieferung am sächsischen Hofe. Wie
von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, sind von den
Schloßern und Privatbesitzungen des Königs von Sach-
sen bereits 22 000 Kilogramm Kupfer, Messing, Bronze
und Eisen zur Ablieferung gelangt. Unter diesem
Metall befindet sich nicht nur Kupfer von den Gebäu-
den (Dachbedeckungen, Blitzableitungen usw.), sondern
auch ein großer Teil an Küchengeräten und sonstigen
Einrichtungsgegenständen aus den königlichen Schloß-
kellern. Außerdem schweben noch Verhandlungen mit der
Heeresverwaltung über weitere Abnahme und Ab-
lieferung von rund 10 000 Kilogramm Kupfer vom
Dresdener Residenzschloß.**

**Der Spitzhunde mit Chloroform. In einem
Zimmer der Bürgergasse in Pöhlitz waren 10 Sol-
daten einquartiert. Dieselben wurden kürzlich nachts,
als alle schliefen, allem Anschein nach mit Chloro-
form betäubt und dann sämtlicher Privatgegenstände, wie
Uhren, Uhrketten, Portemonnaies usw., die Brust-
beutel wurden abgeschnitten, beraubt. Der Dieb wurde
in der Person eines jungen Soldaten gefaßt.**

**Kurzer Prozeß. In Posen macht man neuer-
dings mit nachlässigen unerbetenen Besuchern kurzen
Prozeß. Nachdem man vor einigen Tagen einen
Pferdedieb derart verprügelt hatte, daß an seinem
Aufkommen gezweifelt wird, wurde in einer der letz-
ten Nächte ein fahnenflüchtiger, bekannter Einbrecher
namens Grötsch beim Einbruch in die Talgschmelze
erschossen.**

**Am 5. Oktober 1918 ist eine Bekanntmachung Nr.
Bst. 200/10. 18. K.M., betreffend „Beschlagnahme
von Ferngläsern sowie von Objektiven für Photographie
und Projektion“, erlassen worden.**

**Der Wortlaut der Bekanntmachung ist durch An-
schlag veröffentlicht worden.**

**Stellv. Generalkommando 18. Armee-Korps.
Das Gouvernement der Festung Mainz**

Bekanntmachung.

**Laut Anordnung des Kreisausschusses haben alle
Besitzer von Zentralheizungen und Dauerbrandöfen diese
mit folgenden Angaben zu melden:**

1. bei Heizungen: Zahl der angeschlossenen Zimmer
2. bei Dauerbrandöfen: Anzahl derselben.
3. Friedensverbrauch für beide Arten:

- a. an Kohl
- b. an Anthrazit.

4. Jähriger Vorrat:

- a. an Kohl
- b. an Anthrazit.

**Weiterhin haben alle Schmiede, Schlosser und
sonstigen Betriebe, die Schmiedekohlen verwenden, fol-
gendes anzumelden:**

- a. den Jahresbedarf
- b. den jährigen Vorrat.

**Die Anmeldungen müssen spätestens Mittwoch, den
9. ds. Mts., mittags 12 Uhr hier erfolgt sein. Ver-
spätete Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.**

Geisenheim, den 8. Okt. 1918.

Der Magistrat: J. B. Simbel, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

**Mittwoch, den 9. ds. Mts. kommen im Rathaus
Suppenwürfel und Gemüsekonserven.**

zum Verkauf und zwar für

Nr. 1—125 der alten Lebensmittelf.	von 8—9 Uhr
126—250	9—10
251—375	10—11
376—500	11—12
501—625	2—3
626—750	3—4
751—900	4—5
901—1035	5—6

**Es entfallen auf eine Person entweder 3 Suppenwür-
fel oder auf 2 Personen**

1 Dose Karotten	zu 75 Pfg. oder
1 „ Spinat	83 „
1 „ Tomatenpüree	1.34 „
1 „ Spinat	1.47 „
1 „ Tomatenpüree	2.50 „

**Entwertet wird Geld 56 der alten Lebensmittel-
karten und wird gebeten die Reihenfolge genau einzuhalten**

Geisenheim, den 8. Oktober 1918.

Der Magistrat: Simbel.

Inlerate aben den besten Erfolg in
er „Geisenheimer Zeitung“

Statt Karten.
Dankeagung.
Für die aufrichtige Teilnahme an unserem großen
Schmerz dankt allen herzlich
die trauernde Familie A. Drseifer.
Geisenheim, den 8. Oktober 1918.

Friedr. Exner, Wiesbaden
Fernsprecher 1924 16 Neugasse 16 Fernsprecher 1924
empfiehlt in reicher Auswahl
**Unterhosen, Unterjacken, Hemden, Socken,
Strümpfe, Strickwolle,
Westen, Leibbinden, Kniewärmer, Handschuhe,
Halsbinden, Hosenträger, Taschentücher.**
**Orden, Ordensbänder, Ordensdekorationen,
Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche,
Kragen, Manschetten, Kravatten.**

**Die Blätter sterben,
Laßt sie nicht verderben.**
Ich kaufe jeden Posten abgefallene sau-
bere Kirsch-, Wallnuß-, Haselnuß-, Linden-,
Kastanien-, Wein-, Brennessel-, Erdbeer-,
Brombeer-, Himbeerblätter u. Teekräuter
gegen gute Preise — Ctr. zu M. 30.—
bis M. 60.—. Tannen- u. Fichtenzapfen.
August Diel, Friedberg i. Hessen
Fauerbacherstr. 3.

Druckmaschinen fertigt schnellstens die
Buchdruckerei Jander

Alle Obstsorten
kauft fortwährend
Franz Rüdert.
Geisenheim, Zollstraße 9a

Garten
oder
mit Obstbäume bepflanzter
Acker
zu kaufen oder zu pachten
gesucht. Angebote unter Nr. B.
706 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung erbeten.

Besuchskarten:
Buchdruckerei Jander

Hotel, Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.
Tüchtiges
**Monatsmädchen
oder Frau**
gesucht. Zu erfragen in der
Geschäftsstelle der Zeitung.

**Gewandtes
Fräulein**
zum Beitragen von Büchern
Listen u. dergl. für nach-
mittags (gegebenenfalls nur
für einige Tage der Woche)
nach Radesheim gesucht
Gefl. Angebote unter
Nr. A. 697 an die Ge-
schäftsstelle der Zeitung.

**Arbeiter
und Arbeiterinnen**
nimmt ständig an
**Chemische Fabrik
Winkel.**

**4 bis 5 Zimmer-
Wohnung**
zum 1. Januar gesucht.
Angebote unter Nr. B.
703 an die Geschäftsstelle
der Zeitung erbeten.

Ein fast neuer
Ofen
zu verkaufen. Wo sagt die
Geschäftsstelle der Zeitung.

Steingut-Futtertröge
und
Rauten für Kaninchen
empfiehlt
Pol. Jos. Klein, Geisenheim
Steinheimerstr. 5.

**Obstfleischextrakt
Ertrag**
eingedickte Suppenwürze
frisch eingetroffen.
Franz Rothhaupt
Marktstraße.

**Prima Schöfferhof
Flaschenbier**
J. Bach (zur Krone.)